**Stadt Obernburg**

# Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

| | |
|---|---|
| Sitzungsdatum: | Donnerstag, 24.09.2015 |
| Beginn: | 19:00 Uhr |
| Ende | 21:05 Uhr |
| Ort: | im Sitzungssaal des Rathauses in Obernburg |

## ANWESENHEITSLISTE

**Vorsitzender**

Fieger, Dietmar

**Mitglieder des Stadtrates**

| | |
|---|---|
| Bast, Hedwig | |
| Breunig, Stefan | |
| Fischer, Bruno | bis 21:10 Uhr |
| Fischer, Klaus | bis 21:10 Uhr |
| Hauenschild, Ralf | |
| Heinz, Katja | |
| Jany, Christopher | |
| Kunisch, Günter | |
| Lazarus, Alexander | |
| Reis, Axel | |
| Schmittner, Hans | |
| Schmock, Manfred | |
| Stich, Ansgar | |
| Wolf, Jürgen | |
| Zöller, Wolfgang | |

**Schriftführer/in**

Lapresa, Birgit

**Verwaltung**

Happel, Alfred
Züchner, Anja

***Abwesende und entschuldigte Personen:***

**Mitglieder des Stadtrates**

| | |
|---|---|
| Braun, Jochen | entschuldigt |
| Giegerich, Simon | entschuldigt |
| Klemm, Peter | entschuldigt |
| Klimmer, Hubert | entschuldigt |
| Knecht, Richard | entschuldigt |

# TAGESORDNUNG

## Öffentliche Sitzung

Nachtragstagesordnung

| | | |
|---|---|---|
| **1** | Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 30.07.2015 | |
| **2** | Bekanntgaben | |
| **2.1** | Südbrücke Kleinwallstadt | |
| **3** | Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion SPD / Die Grünen<br>-Beratung und Beschlussfassung- | **282/2015** |
| **4** | Hubert-Nees-Straße 2; Fl-Nr. 3553/32 - Petition für eine kleinräumige Unterbringung der Asylsuchenden<br>Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Modulbauweise (3*E und 3*E+1)<br>Beratung und Beschlussfassung | **267/2015/1** |
| **5** | Entwicklung Haushalt 2015<br>Information | **279/2015** |
| **6** | Abwicklung Maßnahmenliste Vermögenshaushalt 2015<br>Information | **227/2015** |
| **7** | Städtebauförderung - Fortschreibung der Förderprogramme 2015-2018, Bedarfsermittlung -Beratung und Beschlussfassung- | **563/2013/3** |
| **8** | Anfragen | |
| **8.1** | Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2015/2016<br>Mitteilung der Änderungen in der Schülerbeförderung<br>- Bekanntgabe - | **283/2015** |
| **9** | Bürgerfragestunde | |
| **9.1** | Mehrgenerationenhaus und Verkauf Kreßstraße 2 | |
| **9.2** | Petition Asylbewerber | |
| **9.3** | Lärmbelästigung durch Böllerschießen | |
| **9.4** | Trinkwasserbrunnen am Rathausvorplatz | |
| **9.5** | Veröffentlichung Beschlüsse | |
| **9.6** | Leinwand für Veranstaltungen | |
| **9.7** | Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber | |

1. Bürgermeister Dietmar Fieger eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

# Öffentliche Sitzung

## Nachtragstagesordnung

Es gibt keine Einwände gegen die Aufnahme des TOP 3 (neu) „Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion SPD / Die Grünen“ in die Tagesordnung.

## TOP 1 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 30.07.2015

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 30.07.2015. Diese gilt somit als genehmigt.

## TOP 2 Bekanntgaben

## TOP 2.1 Südbrücke Kleinwallstadt

Der 1. Bürgermeister gibt bekannt, dass die Vorprüfung des Brückenbauprojektes „Südbrücke Kleinwallstadt“ abgeschlossen sei und das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werde. Die Auslegungsfrist laufe bis 31.10.2015. Bis zu diesem Zeitpunkt seien Einwendungen möglich. Das Projekt werde in der Sitzung des Bauausschusses am 21.10.2015 behandelt.

## TOP 3 Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion SPD / Die Grünen -Beratung und Beschlussfassung-

**Sachverhalt:**
Mit Schreiben vom 22.09.2015 teilt die Fraktion SPD / Die Grüne mit, dass die Ausschussbesetzung geändert werden soll, indem Alexander Lazarus und Ansgar Stich WiSo und HAS tauschen, also neu:

Mitglieder im WiSo:
Ralf Hauenschild (wie bisher)
Alexander Lazarus (neu)

Mitglieder im Hauptausschuss:
Jochen Braun (wie bisher)
Ansgar Stich (neu)

Art. 33 Gemeindeordnung (GO) regelt die Bestellung und Abberufung der Ausschussmitglieder. Hiernach werden die Ausschussmitglieder mit Beschluss in offener Abstimmung (Art. 51 Abs. 1 Satz 1 GO) bestellt.
„Der Verlust der Mitgliedschaft im Ausschuss muss…aus Gründen der Rechtsklarheit und der Rechtssicherheit durch Beschluss des Gemeinderats unverzüglich festgestellt werden (VGH BayVBl 1976, 341 – Kommentar Kommunalrecht in Bayern, Prandl, Zimmermann)

Die vorgeschlagenen (hier betroffenen) Stadtratsmitglieder dürfen an der Abstimmung teilnehmen (Art. 49 Abs. 2 Ziffer 2 GO).

**Beschluss:**
**Der Neubesetzung der Ausschüsse wird zugestimmt.**

**Ja 10 Nein 0 einstimmig beschlossen**

| | |
|---|---|
| **TOP 4** | **Hubert-Nees-Straße 2; Fl-Nr. 3553/32 - Petition für eine kleinräumige Unterbringung der Asylsuchenden<br>Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Modulbauweise (3*E und 3*E+1)<br>Beratung und Beschlussfassung** |

**Sachverhalt:**
Am Nachmittag des 15.09.2015 haben die Herren Winno Elbert und Helmut Arnold bei Bürgermeister Dietmar Fieger eine „Petition für eine kleinräumige Unterbringung der Asylsuchenden“ eingereicht.

Die Petition ist von 151 weiteren Personen unterzeichnet.
Sie wird in der Sitzung in ihrem vollen Wortlaut vorgetragen.
Nach Art. 115 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung haben alle Bewohner Bayerns das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Behörden oder an den Landtag zu wenden.

Ein Anspruch auf eine bestimmte Sachentscheidung besteht nicht. Eine Petition hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Stadt Obernburg nimmt die Sorgen und Bedenken der Petenten ernst. Bei der Informationsveranstaltung am Freitag, dem 11.09.2015 hat der Bürgermeister mehrfach erklärt, dass die Verwaltung die Nachbarn nicht alleine lassen werde.
Aus humanitären und rechtlichen Gründen sowie aufgrund der Faktenlage kann die Stadt Obernburg der Forderung der Petenten, die vorgesehene Kapazität auf dem ehemaligen Festplatzgelände erheblich zu reduzieren und eine kleinräumige Unterbringung der Asylsuchenden zu organisieren, nicht nachkommen.

Humanitäre Gründe:

- Wir haben eine absolute Ausnahmesituation – in Deutschland, in Bayern, in Unterfranken, im Landkreis Miltenberg.
- Seit dem 5. September 2015 sind alleine in Bayern 60.000 Flüchtlinge und Asylbewerber angekommen.
- Am Wochenende des 12./13.09.2015 sind am Münchener Hauptbahnhof 12.000 Menschen angekommen.
- Pro Woche kommen alleine in Unterfranken 500 Flüchtlinge neu an.
- Die Menschen kommen jetzt, hier und heute.
- Der Flüchtlingsstrom hält ungebrochen an.
- All diese Menschen müssen menschengerecht untergebracht werden.
- Dadurch ist für alle Verantwortlichen ein immenser Handlungsdruck entstanden.
- Jetzt ist von allen Verantwortlichen ein schnelles und beherztes Handeln gefordert, von jedem nach seinen Möglichkeiten.

Die Faktenlage:

- Die Regierung von Unterfranken hat die gesetzliche Aufgabe, Flüchtlinge und Asylbewerber unterzubringen.
- Die Städte und Gemeinden sind gesetzlich dazu verpflichtet, sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen.
- Die Regierung von Unterfranken ist Träger des Projekts „Gemeinschaftsunterkunft Obernburg“, nicht die Stadt Obernburg.
- Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg hat im Auftrag der Regierung von Unterfranken die Pläne erstellt, nicht die Stadt Obernburg.
- Das Baugrundstück gehört dem Freistaat Bayern, nicht der Stadt Obernburg.
- Der Freistaat Bayern macht zur Umsetzung seiner Pflichten von seinen Möglichkeiten Gebrauch, die ihm unmittelbar zur Verfügung stehen.
- Die Stadt Obernburg kann die getroffenen Entscheidungen weder rechtlich noch faktisch beeinflussen.
- Es gibt weder Verhandlungs- noch Ermessensspielräume für die Stadt.
- Die Stadtverwaltung / der Bürgermeister ist im Vorfeld des Info-Abends „pro-aktiv“ bei der Regierung von Unterfranken gewesen und hat mit Rücksicht auf die Interessen der Nachbarn Änderungsvorschläge unterbreitet. Die Vorschläge wurden nicht angenommen.
- Die Regierung von Unterfranken hat beim Info-Abend am 11.09.2015 ausgeschlossen, dass durch die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern die am ehemaligen Festplatzgelände vorgesehene Gemeinschaftsunterkunft verkleinert werden kann.

- Wenn in Obernburg Alternativen zur dezentralen Unterbringung angeboten werden, werden diese aufgrund der dramatischen Lage zusätzlich in Anspruch genommen.
- Die 192 Plätze werden eigentlich sofort gebraucht.

Zu den rechtlichen Gründen nimmt die Verwaltung im zweiten Teil des Tagesordnungspunktes Stellung.
Nach dieser Faktenlage können wir nicht das „Ob“ des Projektes, sondern allenfalls noch das „Wie“, das heißt seine Rahmenbedingungen, beeinflussen. Jetzt geht es darum, mit möglichst vielen Akteuren eine "Willkommensstruktur und -kultur" auf der Basis folgender Maßnahmen zu entwickeln:

1. Gründung einer „Task-Force“ zur Steuerung und Koordination der ehrenamtlichen Hilfe bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, des Stadtrats, der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde, der Vereine und der Nachbarschaft.
2. Neuausschreibung der Stelle Stadtjugendpflege mit dem neuen Aufgabenbereich „Integration“. Der/die neue Mitarbeiter/-in ist auch Ansprechpartner für die Nachbarn.
3. Der Stadtrat hat die Vereinsförderung und das Zuschusswesen auf den Prüfstand gestellt und zu seiner Überarbeitung eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Ein Zusatzkriterium für die künftige Vereinsförderung und Bezuschussung wird der Beitrag der Vereine und Organisationen zur Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern sein.
4. Zur Bewältigung von eventuell auftretenden besonderen Sicherheitslagen wird die Stadtverwaltung mit den zuständigen Behörden und Organisationen ein Sicherheitskonzept erstellen.
5. Die Verwaltung wird beim Freistaat Bayern die Einhaltung der in den Antragsunterlagen enthaltenen schriftlichen Zusage, dass die geplante Nutzung des „Alten Festplatzes“ auf bis zu drei Jahren befristet sein soll, einfordern.
6. Die Verwaltung wird bei der Regierung von Unterfranken und beim Landratsamt Miltenberg die Belegung der Gemeinschaftsunterkunft vorrangig mit Familien mit Kindern einfordern.
7. Die Verwaltung wird im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Asylbewerbern und Flüchtlingen Arbeitsgelegenheiten zur gemeinnützigen Arbeit anbieten.

Dieser Maßnahmenkatalog ist sicherlich noch nicht vollständig und wird bis zur Stadtratssitzung am 24. September durch weitere Vorschläge aus der Verwaltung und den Fraktionen noch ergänzt werden.

Er soll ein Zeichen der Solidarität des Stadtrates und der Stadtverwaltung mit den besorgten Obernburger Mitbürgerinnen und Mitbürgern sein.

**Beschluss:**
**Als Zeichen der Solidarität und der Berücksichtigung der geäußerten Sorgen und Bedenken wird der vorstehende Maßnahmenkatalog zuzüglich weiterer noch zu ergänzender Maßnahmen und der in der Sitzung des Stadtrates am 24.09.2015 beratenen Änderungen verabschiedet.**

**Ja 14 Nein 2 beschlossen**

## TOP 5 Entwicklung Haushalt 2015 Information

Stadtkämmerer Happel trägt die Zusammenfassung der Entwicklung des Haushaltes 2015 anhand einer Präsentation vor. Zum aktuellen Zeitpunkt sind 75% darstellbar.

Die zunächst geplante Kreditaufnahme in Höhe von 1 Mio EUR sei nicht nötig geworden.

Die voraussichtliche Verschuldung zum Ablauf des Jahres sei um ca. 1,1 Mio EUR niedriger als zum Jahresbeginn. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung sinke.

Der 1. Bürgermeister spricht von einer erfreulichen Finanzlage mit guter Entwicklung des Haushaltes. Die Rückführung der Verschuldung sei weiter als ursprünglich geplant.

## TOP 6 Abwicklung Maßnahmenliste Vermögenshaushalt 2015 Information

**Sachverhalt:**
Die in der Haushaltsplanung 2015 erarbeitete Prioritätenliste (Priorität 1) wurde mit Stand 01.09.2015 in Bezug auf den Sachstand aktualisiert. Aufgeführt sind der Vollständigkeit halber auch die Maßnahmen ohne Beteiligung des Bauamtes.

Maßnahmen ohne Handlungsbedarf Bauamt
Abgeschlossene Maßnahmen

| BV | Status | Sachstand |
|---|---|---|
| Feuerwehr Obernburg und Eisenbach | | Aufträge vergeben, Lieferung erfolgt (Beschaffungen Feuerwehren) |
| KiTa Altstadt | In Arbeit | Überprüfung der Maßnahme beim BKPV beantragt, eine SR steht noch aus – Abschlussbericht wird dann erarbeitet |
| TSV Olympia Eisenbach - Hybridrasenplatz | In Arbeit | Bauantrag wurde bearbeitet. Erschließungsvertrag mit TSV Olympia ist noch zu erstellen |

| | | |
|---|---|---|
| FNP | In Arbeit | Bekanntmachung musste wiederholt werden – Abwägung und Feststellungsbeschluss steht aus, dann Genehmigung durch LRA |
| Gelbe Welle - Planung und Ausführung | **Erledigt** | VN wurde erstellt. Einweihung am 31.07.2015 |
| Städtebauförderung - Komm. Förderung | In Arbeit | Bescheide im lfd. Jahr erstellt, noch keine Abrechnung von BH vorgelegt – lfd. Aufgabe |
| Römerstraße - bereits bezahlt | **Erledigt** | Durchführung der Arbeiten in 2014 - Restzahlung 2015 |
| Planungskosten Straßen- und Wegenetz | In Arbeit | Vergabe Sitzung 29.07.2015<br>Anlaufgespräch ISB im Oktober |
| Parkplatz - Katharinenstraße | In Arbeit | Fertigstellung des Parkplatzes vor Frostperiode geplant. Bau begonnen |
| Brücke Eisenbach | In Arbeit | Zuschussantrag StBa vorgelegt- Zulassung der Ausschreibung durch Regierung am 21.09.2015 eingegangen-Ausschreibung 4. Quartal 2015 geplant; Zwischenbericht Sachstand in Oktober Sitzung SR |
| Brücke Kleinwallstadt | | |
| Kanal<br>Pumpe Vakuumleitung | **Erledigt** | Erledigung Februar 2015 |
| Wanderhütten Geo Park | **Erledigt** | Auszahlung bereits 10.03.2014-nicht wirksam für HH 2015 |
| Anpassung WSG | In Arbeit | Vorstellung Oktober Stadtratssitzung durch Dr. Hanauer in Eisenbach |
| Schütz an der Mömling | **Erledigt** | |
| Breitband "Startgeld" | In Arbeit | Info BAS 29.07.2015 - Vorstellung durch IKT Oktober 2015 Ausschreibung erstes Quartal 2016 geplant |
| Rathaus - Fenster | In Arbeit | Angebote werden eingeholt, Geld auf HH-Stelle wurde für Umbaumaßnahmen Rathaus verwendet. Vergabe BAS Oktober geplant |
| Kochsmühle | In Arbeit | Ansatz war für Planungen vorgesehen, wurde bereits für Klimagerät verplant und überschritten – Ausführung Beleuchtung, Beschallung und Decke Kochsmühle geplant Sommer 2016 |
| Lindenstraße 2 - Platzgestaltung ohne Abbruchkosten | In Arbeit | Aufgabe für Stadtentwicklung, Rücksprache mit Regierung und ÖPNV steht aus, Mittel für 2016 bei Regierung angemeldet |

| | | |
|---|---|---|
| Brückensteg | In Arbeit | in 2015 erfolgt Sanierung der Treppenanlage, Oberfläche des Stegs 2016 |
| Hangabrutsch B 469 | In Arbeit | Momentan keine Gefahr in Verzug, Gutachter erarbeitet Sanierungsvorschläge, die dem Gremium vorgestellt werden sollen; Rücksprache und Vereinbarung mit Staatlichem Bauamt muss erstellt werden |
| Kummentalgraben | In Arbeit | Vergabe September 2015, Ausführung der Arbeiten bis Ende diesen Jahres geplant. Abstützung des Hanges durch Gabionen (Schwergewichtsmauer), Wiederherstellung der Straßenoberfläche |
| KiTa Sonnenhügel - Planungskosten | In Arbeit | siehe Info Sitzung 29.07.2015, in 2015 Umsetzung Brandschutzkonzept |

Maßnahmen bzw. Aufgaben, die das Bauamt außerhalb der ohnehin laufenden Aufgaben (Bauberatung, Prüfung von Bauanträgen, Städtebauförderung, Wasserversorgung, usw.) und Prioritätenliste bis zum 30.08.2015 gebunden haben sind u.a. folgende:

- Baumaßnahme Fischer Schmiedgasse
- Regenerierung Brunnen III
- Parkettboden 1. OG Bücherei
- Vermehrte Klageverfahren teilweise mit Klageerwiderung durch die Verwaltung
- Energiecoaching (s. SR 30.07.2015)
- Baumaßnahme Oberer Neuer Weg (Rinne und Deckensanierung)
- Radweg B 426
- Behandlungen der Themen aus der Bürgerversammlung (z.B. Straßenausbaubeitragssatzung)
- Hochwasserschutz an der Mömling
- TWA: Der Vertrag mit der Firma EAB wurde teilgekündigt und der Auftrag für die von EAB (ehemals Prokont) nicht erbrachten Leistungen wurde an die Firma SAE vergeben.

## TOP 7 Städtebauförderung - Fortschreibung der Förderprogramme 2015-2018, Bedarfsermittlung -Beratung und Beschlussfassung-

**Sachverhalt:**
Der 1. Bürgermeister erläutert die Auflistung der Bedarfsmitteilungen, die als Anmeldung für 2016 und Folgejahre bis einschl. 2019 der Regierung von Unterfranken gemeldet werden. Er weist in dem Zusammenhang auf das bereits erfolgte Gespräch mit Fr. Kircher am 29.07.2014 in Miltenberg hin.
Die Fortschreibung wurde dem Stadtbodenkonzept entnommen. Die dort aufgeführten Maßnahmen wurden nach Priorität in das Fortschreibungsprogramm aufgenommen.
Die angegebenen Zahlen beruhen dementsprechend auch auf den Kostenschätzungen des Stadtbodenprogramms.

**Beschluss:**

**Die Jahresanträge für das Städtebauförderungsprogramm für das Jahr 2016 und die Fortschreibungsjahre 2017- 2019 werden gestellt und die darin enthaltenen Maßnahmen in der erforderlichen Höhe verbindlich in den Vermögenshaushalt 2016 aufgenommen. Gleichzeitig werden die angemeldeten Beträge für die Fortschreibungsjahre 2017-2019 in die mehrjährige Finanzplanung aufgenommen.**

**Die Projektmeldung liegt als Anlage dem Originalprotokoll bei.**

**Ja 16 Nein 0 einstimmig beschlossen**

## TOP 8 Anfragen

## TOP 8.1 Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2015/2016 Mitteilung der Änderungen in der Schülerbeförderung - Bekanntgabe -

**Sachverhalt:**

Zu einer Anfrage von Stadtrat Stich bezüglich der Entscheidungskompetenz bei Schulbusfahrkarten und deren neuem Geltungsbereich im aktuellen Schuljahr teilt die Verwaltung folgendes mit:

Die Verkehrsgesellschaft Untermain hat zum Beginn des Schuljahres 2015/2016 die Nutzungsmöglichkeiten der Fahrkarten für die Grundschüler und Hauptschüler in Obernburg a.Main und in allen anderen Kommunen geändert.

Künftig werden lediglich nur noch „rote“ bzw. „blaue“ Fahrkarten herausgegeben. Die rote Fahrkarte berechtigt zur Nutzung im gesamten VAB-Tarifgebiet. Die blaue hingegen gilt lediglich auf der Strecke zwischen Wohnort und Schulort. Auf dieser Strecke kann aber die Fahrkarte so oft wie möglich eingesetzt werden. Somit kann mit dieser Fahrkarte auch die Freizeit dementsprechend gestaltet werden. Wenn der Wohnort als auch der Schulort identisch sind, darf die Fahrkarte z. B. nur in Obernburg mit dem Stadtteil Eisenbach genutzt werden und dies 24 Stunden und 7 Tage die Woche.

Die Verkehrsgesellschaft Untermain hat bereits in ihrer abgeschlossenen Vereinbarung aus 2008 mit den Kommunen diese Änderung mit berücksichtigt. Mit einer aktuell vorliegenden Vereinbarung kann die Kommune sich zwar zwischen den o. g. Varianten entscheiden, aber hat letztlich wenige Wahlmöglichkeiten.

Die Mehrkosten für die „rote“ Variante (gesamtes Tarifgebiet) gegenüber der „blauen“ Variante belaufen sich auf jährlich auf ca. 99.370,81 €. Die Gesamtkosten für die Beförderung nach der „roten“ Variante betragen jährlich ca. 120.934,69 €.

Mit der „blauen“ Variante (wohnortsbezogene Variante) erfüllt bereits die Kommune den gesetzlichen Beförderungsanspruch gemäß dem Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Schulwegkostenfreiheitsgesetz - SchKfrG) und der Verordnung über die Schülerbeförderung

(Schülerbeförderungsverordnung - SchBefV). Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich jährlich auf ca. 21.563,88 €. Auf die in der Anlage befindliche Berechnung wird verwiesen.

Mit berücksichtigen sollte man das Alter der Nutzungsberechtigten der entsprechenden Fahrkarten. Die Grundschüler sind in der Regel zwischen 6 und 10 Jahre alt und die Hauptschüler meist zwischen 11 und 15 Jahre.

Folgende Nachbarkommunen verwenden die „blaue“ Variante: Großwallstadt, Bürgstadt, Erlenbach, Elsenfeld und Eschau.

Das Landratsamt Miltenberg besitzt eine andere Vereinbarung, da diese z. B. Realschulen bedienen müssen, welche in gänzlich anderen Preisstufen agiert als eine Kommune. Das Landratsamt Miltenberg bestellt jährlich ca. 5.000 Fahrkarten.

## TOP 9 Bürgerfragestunde

## TOP 9.1 Mehrgenerationenhaus und Verkauf Kreßstraße 2

Herr Walter Wölfelschneider bedankt sich für die Einführung der Bürgerfragestunde.
Er hat zwei Fragen:
Im Investitionsprogramm Städtebauförderung sei ein Mehrgenerationenhaus erwähnt. Herr Wölfelschneider erkundigt sich, was damit gemeint und an welchen Standort gedacht sei.
Weiterhin erkundigt sich Herr Wölfelschneider nach dem aktuellen Stand beim Verkauf des Anwesens Kreßstraße 2.
Der 1. Bürgermeister teilt mit, dass „Mehrgenerationenhaus“ ein Projektname/Arbeitstitel zur Anmeldung von Fördermitteln sei. Es gebe im Augenblick keine näheren Planungen.
Für die Kreßstraße 2 sei das sog. Bieterverfahren abgeschlossen. Dort sollten künftig bevorzugt Ärzte praktizieren. Es gebe Verhandlungen mit einem möglichen Investor. Man hoffe auf einen Vertragsabschluss bis Mitte Oktober.

## TOP 9.2 Petition Asylbewerber

Herr Winfried Elbert erkundigt sich, ob die gesamte Petition zum Thema Asyl im Stadtrat beschlossen werden sollte, oder warum es nur eine Abstimmung über den Maßnahmenkatalog gegeben habe.
Der 1. Bürgermeister entgegnet, dass es einen rechtlichen Anspruch auf Entgegennahme der Petition und Behandlung der Petition gebe. Es bestehe hingegen kein Anspruch auf eine bestimmte Sachbehandlung. Der Beschluss des Maßnahmenkatalogs sei die Behandlung der Petition.

## TOP 9.3 Lärmbelästigung durch Böllerschießen

Herr Roland Arnold beklagt die zunehmende „Ballerei und Böllerei“, durch die er sich erst kürzlich bei einem Waldspaziergang gestört gefühlt habe. Private Feuerwerke, z. B. bei Geburtstagen, nähmen überhand. Am schlimmsten sei dies am Silvester-Vormittag.
Herr Arnold bittet um Veröffentlichung im Mitteilungsblatt, dass Genehmigungen nötig seien. Am Silvester-Vormittag solle künftig nicht mehr geschossen werden dürfen. Ihm als Naturschutzbeauftragtem, gehe es um Wildtiere, Haustiere und Menschen. Seit ca. 2 Jahren werde das Böllerschießen am Silvester-Vormittag praktiziert.

Der 1. Bürgermeister wird dieses Thema mit dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Martin Roos, besprechen.

## TOP 9.4 Trinkwasserbrunnen am Rathausvorplatz

Herr Roland Arnold fragt nach dem geplanten Trinkwasserbrunnen am Rathausvorplatz.
Der 1. Bürgermeister teilt mit, dass dieser geplant, aber noch nicht errichtet sei.

## TOP 9.5 Veröffentlichung Beschlüsse

Herr Uwe Beck stellt fest, dass Stadtratsbeschlüsse früher im amtlichen Mitteilungsblatt veröffentlicht worden seien. Er bemängelt, dass dies seit längerer Zeit nicht mehr der Fall sei.
Der 1. Bürgermeister erwidert, dass die Veröffentlichung von Beschlüssen seines Wissens freiwillig sei. Beschlüsse des Stadtrates seien im Internet im Bürgerinformationssystem der Stadt Obernburg zu finden. Er werde die Sache nachprüfen.

## TOP 9.6 Leinwand für Veranstaltungen

Herr Walter Wölfelschneider hält für Bürgerversammlungen und andere Veranstaltungen in der Stadthalle eine große Leinwand und einen leistungsfähigen Beamer für nötig.
Der 1. Bürgermeister teilt mit, dass bereits eine neue große Leinwand bestellt sei.

## TOP 9.7 Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber

Herr Horst Müller bittet um Auskunft, welche Kosten für die angekündigten Flüchtlinge und Asylbewerber im kommenden Jahr auf die Stadt Obernburg zukämen.
Der 1. Bürgermeister teilt mit, dass die Gemeinschaftsunterkunft vom Freistaat Bayern finanziert werde. Die neue Stelle „Stadtjugendpflege“ bringe keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Obernburg, da sie sowieso im Haushalt geplant war. Aufgrund des Betreuungsschlüssels für die Kinder im Kindergarten würden allerdings mehr ErzieherInnen erforderlich, sofern Asylbewerber- und Flüchtlingskinder die Kindertagesstätten besuchen. Dies werde dann unmittelbare Mehrkosten für die Stadt zur Folge haben.

Mit Dank für die rege Mitarbeit schließt 1. Bürgermeister Dietmar Fieger um 21:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dietmar Fieger
1. Bürgermeister

Birgit Lapresa
Schriftführer/in